

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährl. Poststellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 119

### Die Situation in beiden Lagern

III.

Nach dem 25. September hatten die von Gehilfen- teile in Berlin diesmal in größerer Anzahl tätig ge- wesenen Unterhändler jedenfalls darauf gerechnet, daß man ihnen dabei die Schwere dieser Tage mehr als sonst nachfühlen werde, war doch inzwischen das vervoll- ständigte Forum der Gehilfenvertreter, Gauvorsitzer, Ver- bandsleitung und Redaktion zu dem verantwortungs- schweren Entschlusse gelangt, wenn nicht von anderer Seite noch in allerletzter Stunde eine Wendung der hart auf hart stehenden Dinge herbeigeführt werden könnte, den Sturm sich entladen zu lassen. Der Kampf war ja eigen- lich schon im Gange; seit den Vorkämpfen mit den zwei- maligen Reparaturen an dem Schiedsspruch vom 27. Juni konnte man von einem Kriegszustande sprechen. Nun das Reichsarbeitsministerium feinen als Friedensrichter erprobten Regierungsrat Dr. Bradn auf den Dammweg zwischen den beiden aufrüstenden Lagern entsandt hatte und diesem eine Verschiebung der Position zugunsten der Gehilfenschaft gelungen war, wenn sie auch weitergehend gewünscht werden mußte, ergab sich die Schiedsfrage: Annehmen oder ablehnen? Warum sie von dem großen Forum in ersterem Sinn entschieden wurde und gar nicht anders erledigt werden konnte, ist im zweiten Artikel schon näher dargelegt worden.

Wie sich schlichtgemäß nicht nur verantwortlich fühlten- den, sondern die immer schnell auch verantwortlich ge- machten Führer, wenn größere Teile der Kollegenschaft glauben, einmal nicht genügend aufgeklärt worden zu sein, weil sie sich selbst auf ein solches Geis rangierten, haben aber wohl doch, erwartete, weitgehendes Verständ- nis für die aus dem plötzlichen Situationswechsel in Berlin sich ergebende andre Taktik zu finden. Das ist nicht in dem wünschenswerten Maße geschehen, wenn auch mit der größer werdenden Entfernung vom 25. September die vernünftigen Stellungnahmen sich vermehren. Bis zum Abschlusse dieser Nummer ergibt sich nach sorgfältiger Zu- sammenstellung aller eingegangenen Berichte folgender Gesamtüberblick:

	Angenommen	Abgelehnt
Großstädte . . . . .	26	5
Mittelstädte . . . . .	30	28
Kleinstädte . . . . .	18	9

Es ist aus der Aufzählung der Stellungnahmen zur Ge- nüge hervorgegangen, daß es sich bei den annehmenden Orten nur in der Minderheit um ohne Umschweife erfolgte Zustimmungen handelt. Meistens hat man mehr oder weniger gegen das Ergebnis protestiert und auch baldigt neue Verhandlungen gefordert. Eine Anzahl von Mit- gliederschaften hat sich nur schwer mit den neuen Vereinar- tungen abgefunden, manchmal sogar erst nach Vornahme der geheimen Abstimmung. Die ablehnenden Orte sind solche, die zu direkten Verwerfungen gekommen sind und zum Teil auch örtliche Aktionen unternommen. Die Groß- städte haben also weit überwiegend angenommen, in den Mittelstädten ist zwischen Annahme und Ablehnung der Unterschied ganz gering, in den Kleinstädten überwiegen wieder die Annahmen. Örtliche Aktionen, die zum Streik führten, sind zu vergleichen aus: Hamburg, Erfurt, Darm- stadt (mit einigen Bezirksorten), Eisenach, Wiesfeld, Anna, Krensburg, Parchim, Kirchberg (Sa.), Wiesbaden. In Erfurt, Darmstadt und Parchim ist inzwischen der Streik beigelegt; es sind mit Ausnahme von Parchim, wo gar nichts erreicht wurde, unterschiedliche Teilerfolge erzielt. Es ist, da die an- nehmenden Großstädte mit den annehmenden Teilen der Mittel- und der Kleinstädte die größere Mehrheit der Ge- hilfen auf sich vereinigen, also festzustellen, daß die Kollegen- schaft sich im großen und ganzen mit der neuen Lohn- regulierung abgefunden hat; auf die mannigfachen Vor- behalte haben wir schon hingewiesen.

Stellungnahmen sind diesmal schon erfolgt, als die Ge- hilfenvertretung am 25. September in Berlin noch mit der Prinzipalität zusammenlag, um die letzten, das Abkommen vom 24. September näher regelnden Bestimmungen zu

treffen. Bis zum Eintreffen des „Korr.“ vom 27. Sep- tember, der dann alles entließ und auch schon mit zwei Redaktionsartikeln die erforderlichen Aufklärungen brachte, hatte bereits eine Anzahl von Druckorten ihre Stellung- nahme vorgenommen. Wir haben in den letzten Jahren schon mehrmals davor gewarnt, sich vorzeitig festzulegen. Man muß den Kollegen zum mindesten so viel Zeit lassen, bis sie aus dem „Korr.“ ein vollständiges Bild erhalten, wie alles gegangen und gekommen ist. Dann kann ge- urteilt werden. Da in den allermeisten Druckorten ja keine Berichterstattung durch Verhandlungsteilnehmer er- folgen kann, ist das um so mehr notwendig. Einige schon größere Druckorte hätten aber auch direkt unfertig werden können. Wir sind gewiß, daß gar manche Stel- lungnahme anders ausgefallen wäre. Auch in Großstädten hätte man sich etwas mehr Zeit lassen sollen; es ist jedenfalls besser, reiflich zu erwägen, als vorsehnlich sich festzulegen.

Wenn man teilweise sogar hören kann, die Annahme durch die Mehrzahl der Großstädte könne doch nur für die günstigeren Verhältnisse als in den Mittel- und in den Kleinstädten sprechen, so ist das ein Moment, wie absurd geurteilt wird. Vom Schreiber dieses ist ein Neffe vor einigen Wochen aus einer kleinen Industriestadt an der Elbe nach Leipzig in gute Stellung gekommen. Er drückt sich ganz entsetzt aus über die Preise in dem nach Prin- zipalsicht so „billigen“ Leipzig. Er ist schon dabei, sein Zell wieder abzubrechen und nach einer kleinen Stadt zu gehen. In Wirklichkeit hat man sich eben in eliger Nähe von Großstädten ruhigerer Letzler angewöhnt; man bedenkt mehr, was unser diesen wahnwitzigen Steuerungsverhält- nissen ein Streik, der nicht von der Allgemeinheit als ab- solute Notwendigkeit betrachtet werden würde, für schwere Wunden in den jetzt schon darbedenden Familien schlagen würde. Dabei dürften diese ruhiger abwägenden Kollegen- schaften, wenn ein Kampf tatsächlich unvermeidbar werden sollte, die ausdauerndsten Streiter abgeben. Man besieht sich in diesen Druckorten diejenigen Verammlungsredner, die immer dagegen Verwahrung einlegen, daß sie den Streik um des Streikes willen wollten, aber doch in einem fort geradezu hysterische Schreie nach dem Kampf ausstießen, ob nun die Verhandlungsergebnisse wirklich schlecht oder besser sind, schon genauer. Es geht ja in Großstädten auch manchmal schief mit Streiks in andern Berufen, welche von dem bei uns so vermifchten Wagemut und Elan ohne weiteres getragen sind. In den Großstädten sind auch infolge der Paukerien auf dem parteipolitischen Kampfboden eher einmal warnende Stimmen zu vernehmen. Der von links redigierte, durch das Gewerkschaftscharter herausgegebene „Leipziger Betriebsrat“ hat in seiner Nummer darüber manch brauchbaren Satz ge- schrieben. Die Richtigkeit des nachfolgenden wird z. B. nicht zu bestreiten sein: „Nur in den Verammlungen, die sich mit Lohnfragen beschäftigen, puffert stilles Leben, und da wollen Patentrevolutionäre die Lohnbewegungen benutzen, um so politische Aktionen zu kommen“. Wie kommunifische Organe die Ablehnungen und die Streiks an den einzelnen Orten bei uns jetzt kommentieren, das spricht für die Auffassung des „Leipziger Betriebsrats“. Das „Schmächtige der Errungenschaft“, die die „verräte- rlichen Gewerkschaftsbureauftraten“ mit nach Hause brachten, und ähnliches Geschreibsel war an der Tagesordnung. Wie weit aber in Großstädten mitunter doch schon die ganz linksgerichteten Geister sich scheiden, ist aus einem Berichte der „Roten Fahne“ in Berlin zu entnehmen gewesen, wonach in der entscheidenden, nicht überstürzten Berliner Verammlungen einer von der kommunifischen Fraktion eingereichten verwerfenden Resolution der ebenfalls kom- munifische Kollege H. W. Schmidt eine vermittelnde ent- gegenetzte, die Abfinden empfiehlt und für November eine weitere Erhöhung verlangt. Die offizielle kommunifische Entschliebung wurde daraufhin abgelehnt! Sehr bezeich- nend ist auch das Vorkommnis, daß in einer Großstadt die Opposition einen Beschluß auf gebundenes Mandat und die Aufstellung weitgehender, ultimativ gehaltener Forderungen durchsetzen konnte, die man obendrein überall-

hin verhandelt und die auch tatsächlich von sehr vielen Orten akzeptiert wurden. Es war das an dem häufigen Gleich- laufen der Forderungen wohl zu merken. In dieser selben Großstadt wurde dann das Berliner Ergebnis gegen nur wenige Stimmen angenommen. Nicht wenige Orte aber, die die radikalsten Forderungen aus dieser Großstadt bereitwillig als Parole aufnahmen, lärmten nun, daß „ihre“ Forderungen nicht durchgegangen sind, lehnen ab oder streiken wohl gar. Es ist überhaupt ein eigen Ding mit der Entrüstung, daß die aufgestellten Forderungen nicht durchgebracht werden konnten. Man sehe sich doch nur um bei den andern Arbeitern, was da gefordert wird und was dann herauskommt. Die eignen Forderungen haben diesmal bei uns zwischen 80 und 500 Mk. geschwankt, sie differierten früher zwischen 10 und 90 Mk. und haben immer große Unterschiede aufgewiesen. Ein Beharren auf den eignen Forderungen ist also gar nicht denkbar; mancher Ort würde ja mit seinen Wünschen sich selbst schwer schä- digen. Es muß das einmal öffentlich gesagt werden, damit die ungesunden Erscheinungen sich nicht noch vermehren und der manchmal krampfhaft behauptete Vorbehalt der zentralen Aufstellung von Forderungen und die zentrale Re- gung der Löhne wieder zu der einschüchternen Würdigung kommen als früher, wo der Verband ja nach verschiedent- lich zu hörender Ansicht noch eine wirkliche Gewerkschaft war.

Was aus Mittelstädten zu vernehmen ist, macht mit- unter laßungslos. Da wird einmal anerkannt, daß end- lich eine Verständlichmachung eingetroffen wäre, bei der die Proving nicht schlecht gefahren sei, es sollte in dieser Weise nur etwas schneller weitergehen. Das andre Mal, viel- leicht aus nächster Nachbarschaft, wird in krafterster Weise das gerade Gegenteil behauptet. Wenn wir da Gegen- überstellungen vornehmen wollten! In Verammlungen und in eingegangenen Artikeln laucht wohl auch die Meinung auf, nicht ein Fortschritt wäre jetzt erzielt worden, sondern zu einem Rückschritt wären wir gekommen; es bleibe ja fast nichts übrig angehts der großen Mehr- ausgaben. Wenn solche Entdecker sich die wirtschafts- politischen Artikel in unsern letzten Nummern (namentlich Nr. 117) und in den kommenden zu Gemüte führen wollten, müßten sie objektiverweise zu der Erkenntnis kommen, daß sich die Spannung zwischen dem Reichs- indger und unserm Lohne doch nicht unbeträchtlich ver- ringert hat. Wenn sie aber tiefer urteilen könnten, dann hätten sie zu beklagen, daß nahezu die gesamte Arbeiter- schaft (die früher ganz eund bezahlten Gruppen machen vielleicht eine Ausnahme) durch den Krieg einen Lohn- abbau erfahren hat. Wenn wer erhält denn jetzt einen Lohn, der mit dem ehemaligen Geldwerte standhält? Aber diese gleich Felsblöden großen allgemeinen Wahrheiten will man ja nicht gelten lassen; mit den stärksten Behauptungen wird die Schwäche der Beweismittel verdeckt. In Verbindung mit der ausgeschriebenen Beitrags- erhöhung kommen auch wohl so ungewerkschaftliche Ged- anken zum Vorschein, die von dem gegen die Gewerk- schaften in dem Organ der Allgemeinen Arbeiterunion verapfalten Zeuge nicht mehr weit entfernt sind. Es sind krankhafte Züge in unser Organisation wahrnehmbar geworden, die nachdenklich stimmen müssen, weil sie nicht allein darauf zurückzuführen sind, was die Prinzipalität auf dem Lohngebiete bisher verdeckt hat. Von den uns zugehenden Beleidigungen sehen wir dabei ganz ab.

Aus den Kleinstädten ebenso unglaublich weit von- einander abweichende Auffassungen. Hier kommen zwischendurch noch besonders unangenehme Mitteilungen, daß dort und da die bisherigen Lohnsätze nicht einmal bezahlt werden; an Gehilfen und an Lehrlinge nicht. Es ist schon dagewesen, daß auch aus solchen Nestern Ent- rüstungsresolutionen über das schlechte Verhandlungs- resultat eingesandt wurden, während kleine Druckorte mit geregelten Verhältnissen einen vernünftigen Standpunkt einnehmen. Was würde aus vielen Klein- und Mittel- städten wohl geworden sein, wenn sie nicht durch Verband und Tarifgemeinschaft etwas gewaltsam zu geordneten Zu- ständen gebracht worden wären!

Örtliche Aktionen sind nach einer Lohnregulierung auf dem Einigungswege noch in keinem Stadium so viele zu verzeichnen gewesen. Aber die Stellungnahme hat zum Teil dazu beigetragen. Das auch relativ bessere Ergebnis (wenn trotzdem noch nicht befriedigend) hat also diesmal mehr Explosionen hervorgerufen, als es bei geringeren Resultaten der Fall gewesen ist. Gewiß absonderlich. Da zur Erfüllung eines Vertrags doch mindestens zwei Parteien gehören, wie nun, wenn die andere Seite dazu übergehen würde, in einer Anzahl von Fällen soubis viel weniger zu bezahlen, als ihnen mehr gefordert oder durchgesetzt wird? Man muß an solche Möglichkeiten denken, wenn es so weitergeht. Mit welchem moralischen Stärkengrade würde man bei uns dann über eine solche Rekonstruktion urteilen? Trotz unserer entsetzten Gegnerschaft von Eigenmächtigkeiten in einer Gewerkschaft müssen wir für die Ertragslosen bis zum September die Prinzipalität in welchem Maße verantwortlich machen, weil ihre Lohnpolitik gar zu sehr dazu herausforderte, und weil die Prinzipale draußen durch ihre Irzwilligen oder die ihnen abgerungenen Bewilligungen ja zeigen, daß sie entgegen den vielen Versicherungen ihrer Vertreter in Berlin doch mehr gewähren können. Die Gehilfenvertreter geraten obendrein dadurch in den schlimmsten Verdacht, den Prinzipalsführern gegenüber nicht fest genug aufzutreten. Die Hauptschuld der Prinzipalität liegt also außer Zweifel, und für den andern Teil kann meistens die Notlage der Gehilfen angeführt werden. Die ist allerdings auch bei der sich verständigsvoll abfindenden Mehrheit vorhanden. Wenn es nun auf der jetzt eingeschlagenen Bahn weitergeht, dann muß die Solidarität mit dem Ganzen vorausgesetzt und nicht wie jetzt die Solidarität des Ganzen für einzelne Teile verlangt werden, die selbständig handeln und der Gehilfenvertretung als Vertragskontrahent grobe Schwierigkeiten bereiten. Es ist doch unaussprechlich, daß die private Finanzierung von örtlichen Bewegungen unter den gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen an dem materielle Leistungsvermögen der Kollegen ihr Ende nimmt. Wenn es als ein gewerkschaftlich richtiger Standpunkt aufgefahrt wird, daß dadurch eine ganze Anzahl von Mitgliedern auf Jahre hinaus mit Schulden belastet ist und aus dieser Ursache eine vielleicht gar nicht erwünschte Ruhe im Ganzen eintritt, dann wollen wir gern bei unserm angeblich verkehrten Standpunkt bleiben, damit erhalten wir die gesamte Organisation aktiv. Wir sind nicht der Ansicht, daß z. B. die Leipziger Prinzipalität mit ihrer strikten Ablehnung einer besonderen Berücksichtigung ihrer Gehilfen recht hatte, es hätte sich von beiden Seiten wohl ein gangbarer Weg finden lassen. Das aber, was wir seit vier Jahren über das Kapitel der örtlichen Aktionen geschrieben haben und in diesem Jahr in den Nummern 23, 34 (Gauvorsteherkonferenz im März), 83, 89 und 94 ausführlicher, bleibt gewerkschaftliche Wahrheit und Notwendigkeit. Wahr ist auch, daß bei den ersten Steuerungsulagen im Jahre 1916 viele Mitglieder erst dazu getrieben werden mußten, von den Prinzipalen zu verlangen, was ihnen gebührt. Wenn das auch nicht viel, sondern zu wenig war, es ist damals durch solche Nebenlassen viel gelündigt worden; für die spätere Zeit mit.

Unter den mancherlei Einwänden, die in ganz verschiedenen Betonungen vorgebracht werden — bis zum „Miesbacher Anzeiger“ ist es bisweilen nicht mehr weit —, ist auch der Vorwurf häufig zu vernehmen, warum keine Abstimmung vorgenommen sei und über die Köpfe der Kollegen hinweg von untrer Vertretung zugestimmt worden wäre. Auch dieser Punkt hat die Gauvorsteherkonferenz und Gehilfenvertretung beschäftigt, man kam aber zur Ablehnung der Abstimmung. Bekanntlich ist sie im vergangenen Jahre aufgenommen worden für Tarifveränderungen und Tarifrevisionen, nicht für die Einführung von neuen Steuerungsulagen bzw. die Vornahme von Lohnregulierungen bei weiterer Verteuerung. Da muß alles sehr schnell gehen, damit raschestens ein neues Abkommen in Kraft gesetzt werden kann. Abstimmung über das ganze Reich ist aber ein unständlicher Apparat, der sich nicht empfiehlt, wenn nach wenigen Wochen sich schon neue Verhandlungen erforderlich machen können. Die Größtlichen, diesmal bis 31. Dezember, haben doch nur problematischen Wert, wenn die wirtschaftliche Verschlechterung im Galopp tempo vor sich geht. Eine Abstimmung wäre diesmal, nachdem die nötige Aufklärung erfolgt, jedenfalls zur Entfaltung für die geworden, die so laut danach verlangen. Die Prinzipalität jedoch hätte dann andere Schlüsse daraus ziehen können; das zu vermeiden, lag im Gehilfeninteresse. Wenn es indes keinen Einhalt geben sollte gegen die örtlichen Aktionen, dann wäre unres Erachtens doch zu erwägen, ob nicht die Abstimmung jedesmal zu Hilfe zu nehmen ist. Die Gehilfen eines jeden Druckortes müßten dann eben sich in Reserve verhalten, bis der Wille der Gesamtheit sich offenbart hat. Sollten auch darüber Hinwegsetzungen vorkommen, dann können wir uns als große zentrale Gewerkschaft betragen lassen; dann auf zur atomisierenden Lokalorganisation, die endigen würde in der Betriebsorganisation, also beim unionistischen Standpunkt, den selbst die Kon-

Ein anderer, viel erwähnter Gegenstand der Kritik ist die zweite, erst vom 15. November an gehende Rate. Wir würden es gern gesehen haben, wenn bei der Sprunghaftigkeit der Wucherpreise (in Leipzig ein Pfund Kartoffeln in dieser Woche bereits 80 Pf., ein Ei 2,60 Mk., ein Liter Milch 3,70 Mk. usw.) für nächste Woche weiteres Steigen zu erwarten) davon Abstand genommen sein würde. Was der Regierungsvertreter mit den Prinzipalen hiergegen an Bedenken vorbrachte, ist nicht so maßgebend. Man bezahlt ja mehrfach schon die zweite Rate jetzt gleich mit, und wer weiß, ob nicht die Situation zu Mitte November dazu zwingt, die 25 Mk. zu multiplizieren. An sich sind aber jetzt Vereinbarungen mit monatlich automatisch eintretender Erhöhung eine häufiger werdende Erscheinung. In andern Gewerkschaften wird das als kein Verbrechen angesehen. Besser ist allerdings für kurze Zeit nur ein Sab-

Der Fortfall der außerordentlichen Wirtschaftsbeihilfe von Anfang September an hat mehr böses Blut gemacht. Man rechnet deren Betrag von den neuen Lohnläufen ab und kann dann mit einem erheblich niedrigeren Satz die Barden ordentlich vollnehmen. Auch hier wäre Beibehaltung durch Aufrechnung auf den neuen Lohn der wünschenswertere Zustand gewesen. Ist denn aber diese zweite Wirtschaftsbeihilfe von der Kollegenliste beantragt und darüber beraten worden? Hat man sie durch einen Schiedspruch wie die erste vom Februar erhalten? Dann wäre freilich die Voraussetzung für ihre Behandlung gleich der ersten gegeben gewesen. Aber in der betreffenden Bekanntmachung des Tarifamts (Nr. 10) heißt es, der Tarifabschluss habe (nach einer gegebenen Anregung) angefaßt der weiterschreitenden Steuerung für die Zwischenzeit bis zu den kommenden neuen Vereinbarungen ein Provisorium schaffen und für den September bereits einen Ausgleich vornehmen wollen. Hiernach stand also der Prinzipalität ein Einspruch gegen die dauernde Beibehaltung durch Aufrechnung auf den Lohn zu. Die Gehilfenvertretung wie die Gauvorsteherkonferenz haben sich eingehend mit dieser Sachlage befaßt, konnten aber der damals gern akzeptierten einmaligen Sonderbewilligung nachträglich keine andre Auslegung geben. Die Auffassungen in der Kollegenliste gehen ja auch überwiegend in der hier erörterten Richtung.

Die Maßnahmenleiter sind sehr ungenügend, daß es nicht zu einer gleichzeitigen Umwertung ihres Zustandes gekommen ist. Die Argumente sind richtig und auch unrichtig. Vom Standpunkte der rein gebliebenen Umwertung wäre eine Erhöhung geboten; der andre, daß dieses wie ähnliche Vorgehen von andern Parteien nur als diskutabel bei Tarifrevisionen oder Tarifveränderungen betrachtet werden könnten; ist jedenfalls aber noch nicht schlagend und entspricht auch selbstheriger Übung. Wir glauben, daß es gerade den Maßnahmenleitern nicht so schwer fällt, persönlich in der Zwischenzeit für einen genügenden Ausgleich zu sorgen.

Dann und wann wird auch gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Klage erhoben in den Versammlungen oder sonst; wo denn die große Aktion im September geblieben sei, über die im Sommer so viel zu hören war; ob denn der Gewerkschaftsbund gar nichts auszurichten vermöge gegen die Auswucherung des Volkes usw. Darauf ist zu antworten, daß eine einseitige Aktion der Gewerkschaften sich nicht hat ermöglichen lassen, weil die Verhältnisse zu verschieden liegen, die Forderungen zu weit auseinandergehen, die Konjunkturpolitik zu viel Anhänger hat, weil weiter auch den Dingen tiefer auf den Grund gegangen werden muß. Wie schwer ist es doch um eine Einheitsfront bestellt, und wenn sie auch zur allgemeinen Tagesparole geworden ist! In der dreizehnten Ausschußsitzung des ADGB, (16. bis 18. August) hat man darüber eingehend beraten und der „Korr.“ hat in Nr. 102 davon Kenntnis gegeben. Wir lassen für heute dahingestellt, ob der Gewerkschaftsbund seine Macht nicht einmal anders in die Waagschale werfen kann und muß, und ob die Regierungen dem Treiben der Arbeiter und Geldscheiter länger noch zum Schaden des arbeitenden Volkes zusehen dürfen. Es gibt wohl doch noch Mittel und Wege, die Kapitalkreise auseinanderzulagen.

Hiermit wäre zugleich ein Streik aus unternommen durch das, was in Verammlungsberichten als allgemeine Ansicht zum Ausdruck kommt, oder was als Einzelmeldung in Artikeln durch den „Korr.“ noch extra verbreitet werden soll. Wir haben früher schon von der letzteren Methode abgeraten, weil mit dem Hervortreten von oft extremen Einzelanschauungen häufig auch der Standpunkt der Allgemeinheit beeinträchtigt, oder gar direkt bekämpft werden soll. Es ist ferner ganz unübersichtbar, die Kritik nachher im einzelnen so zuzulassen wie es nach Möglichkeit vor Verhandlungen mit Anregungen und konkreten Vorschlägen geschieht. In Nr. 114 und in Nr. 116 haben wir jetzt wieder ausgesprochen, daß es mit der Kritik nachher anders werden muß. Man hat sich im allgemeinen danach gerichtet, aber es haben doch einzelne mit fliegender Feder ihre Entrüstung zu Papier gebracht. Was da steigen soll, liegt sich manchmal wie aus einer verkehrten Welt. Es würde sich jedesmal ein Gegenartikel von uns notwendig machen. Da wir in vorstehenden Aufklärungen in loyallster Form schon das

meiste mit erledigt haben, kann es mit den eingelieferten Artikeln dieser Art sein Bewenden haben. Wir dienen so in einigen Fällen auch der Organisation am besten.

Mit der Prinzipalität werden wir nach den schon gehaltenen Standreden gefordert noch einiges auszufesteln haben. Der Artikel „Vertragsstreue“ in der „Zeitschrift“ vom 7. Oktober ist dazu schon vorgemerkt, es wird aber wohl noch Diverges hinzukommen.

Aus dem Organ des Gütenbergbundes ist auch wenig Beleidigung über den letzten Abschluß zu entnehmen. Es wird aber gewarnt vor Handlungen, die letzten Endes zum Schaden der gesamten Gehilfenchaft ausschlagen. Es liege weder im Interesse der Gehilfenvertretung noch in dem der Tarifgemeinschaft, wenn nun alles drüber und drunter gehen soll.

In einem sehr bemerkenswerten Leitartikel der „Graphischen Presse“ vom 7. Oktober, die wir erst nach Fertigstellung unserer letzten Nummer in die Hand bekamen, wird ausgeführt, es habe sich nun als Fehler herausgestellt, die Verhandlungen der Lithographen und Steindruckerei schon zu Septemberbeginn abzuhalten. Die ruhiger Denkenden hätten also recht behalten. „An unsern Abschlüssen gemessen, ist der Abschluß im Buchdruckgewerbe ganz ohne weiteres weitgehend, und er wird bei uns wie bei den Buchbindern nicht ohne Wirkung bleiben“, erklärt die „Gr. Pr.“ und sagt weiter, vor dem Abschluß der Buchdrucker wäre den andern graphischen Berufsverbänden ein solches Resultat selbst bei Einlegung des schärfsten Kampfmittels verlagst geblieben. Die „Gr. Pr.“ folgert, daß mit dem System der getrennt geführten Lohnverhandlungen im graphischen Gewerbe nun entschieden aufgeräumt werden muß. In der Tat, der Graphische Bund kann sich hier keine Sporen verdienen; die Haupt-schwierigkeiten liegen aber bei unsern Schwägern bzw. ihren Unternehmern.

Die Situation ist durch die weitere Regelung der Sonderzulagen vor dem Kreisamt in Rheinland-Westfalen, gegen die ebenfalls eine Minderheit Sturm läuft, nicht erbaulicher geworden. Trotzdem wird bald größere Klärung eintreten, denn wenn man den Gehilfenvertreter jetzt das Vertrauen wieder so manches Mal abgesehen hat, Auftrag zu neuen Verhandlungen gibt man ihnen schnell und unbedenklich. Liegt darin nicht auch das Unkenntnis ausgesprochen, daß der durch Nürnberger Generalversammlung beschlossene abermals festgelegte Weg im Prinzip doch der richtige ist? Auch wenn es den Prinzipalen schwer fällt, das Umlernen rascher zu bewerkstelligen — ist das ein Grund für bereits weitreichende Kollegenkreise, aus den Fehlern von gestern gar nichts zu lernen für die Arbeit von morgen? Umlernen und nicht zuletzt tüchtiger Brautlernen, namentlich in volkswirtschaftlichen und in wirtschaftspolitischen Dingen, das erfordert die Situation, um im Gehilfenlager die Überlegenheit über die Mannschaff im Prinzipalslager teilen zu lassen!

## Weitere Stellungnahmen zum neuen Lohnabkommen

Eine fast vollständig besuchte Verammlung in Bonn erklärte sich mit dem Resultat der Einigungsverhandlungen nicht einverstanden. Das Erreichte hätte zum mindesten einer Abstimmung unterbreitet werden müssen. Es wird die sofortige allgemeine Zahlung der für den 15. November bestimmten Rate von 25 Mk., erwartet und die Verhandlung beauftragt, darauf abzuleitende Verhandlungen so gleich einzuleiten. — In Duisburg nahm eine fast vollständig besuchte Bezirksversammlung Stellung zum neuen Lohnabkommen. Das mangelnde Entgegenkommen der Prinzipale wurde scharf verurteilt. Wenn das Abkommen trotzdem zur Annahme gelangte, so nur in Rücksicht auf die notwendige gewerkschaftliche Disziplin. Auch die vom Kreisamt herausgehobene Lohnoberhöhung bietet keinen Ausgleich. Sie wurde angenommen unter der Bedingung, daß noch vor dem 1. November neue Verhandlungen gefordert werden. — In einer Kreisversammlung in Köln wandten sich die meisten Redner gegen das zu niedrige Berliner Abkommen und plädierten durchweg für dessen Ablehnung. Schließlich wurde der Gehilfenvertreter beauftragt, unverzüglich Schritte zu unternehmen, damit der Tarifauschuss sobald wie möglich zusammentritt. — Die Mitteldeutschland Chemnitz nahm in zwei starkbesetzten Verammlungen am 30. September und 2. Oktober erneut Stellung zum neuen Lohnabkommen. In der Aussprache wurde die Zulage als ganz und gar ungenügend bezeichnet und die Haltung der Gehilfenvertreter sowie des „Korr.“ kritisiert. Nur aus gewerkschaftlicher Disziplin heraus wurde beschlossen, dem Abkommen zuzustimmen unter der Bedingung, daß der Verbandsvorstand sofort Schritte zu einer weiteren, unbedingt notwendigen Lohnverbesserung unternimmt. — In Ostersloh wurde die neue Lohnzulage als vollkommen unzureichend abgelehnt. Die gleiche Indultzulage wie für die andern Orte im Industriegebiete mit 10 Proz. Lohnzulage wird auch für Gütersloh verlangt und schnellste Einleitung zentraler Verhandlungen als notwendig bezeichnet. — Frankfurt a. d. O. ist mit dem in der Lohnrate Erreichten nicht zufrieden. Es wird verlangt, daß die ab 15. November zu zahlenden 25 Mk. schon ab 1. November gezahlt werden und daß, falls die Steuerung noch größer wird, im November neue Verbands-

lungen des Tarifausschusses stattfinden. — In einer allgemeinen Buchdrucker-Verammlung in Düsseldorf wurde Stellung genommen zum Ergebnisse der Tarifaushebung und Kreisamtsbildung. Das schlechte soziale Verständnis der Prinzipale wurde von den Verammelten bedauert. Sie seien leider geworden, das Ergebnis anzunehmen, weil ihnen die Zentralorganisation in einem Kampfe jede Hilfe und Unterstützung verweigerte. — Die Mitgliedschaft Heilbronn sprach beiden Verhandlungsparteien ihre Sympathie aus, da man endlich verstanden habe, durch verständnisvolle Erfüllung der Forderungen annehmbare Lohnzulagen festzusetzen. Es wird bestimmt angenommen, daß die bewiesene Einsicht im Geschwindigkeitszunimmt. — Eine Vertrauensmänner-Verammlung der Mitgliedschaft Würzburg stimmte — wenn auch das Verhandlungsergebnis nicht als den jetzigen teuren Verhältnissen entsprechend zu bezeichnen sei — dem getroffenen Lohnabkommen zu. Als dringend notwendig wurde jedoch gefordert, daß die Novemberzulage ab 1. Oktober gezahlt wird. — In Mannheim fand sich eine Bezirksversammlung ohne Abstimmung im großen und ganzen mit dem Ergebnis ab unter dem Vorbehalt einer Erhöhung der Sonderzulage durch das Kreisamt. Besont wurde jedoch, daß von reiflicher Befriedigung noch lange nicht die Rede sein könne. — Eine fast vollständige Besuche-Verammlung der Mitgliedschaft Elm-Neuim stimmte in Würzburg des als einigermassen annehmbar zu bezeichnenden Ergebnisses einmütig der Stuttgarter Resolution zu. (Siehe Nr. 116 des „Korr.“) — Der Bezirk Hanau forderte die Kündigung des neuen Lohnabkommens am 1. November, damit erneute Verhandlungen bereits Anfang November stattfinden. In Unbedacht der rapid steigenden Teuerung wird weiter gefordert, daß die Novemberrate bereits in der ersten Lohnwoche des November zur Auszahlung kommt. — Die Mitgliedschaft Rhenburg a. d. W. konnte sich mit dem neuen Lohnabkommen nicht einverstanden erklären. In der bestimmter Erwartung, daß von den Verbandsinstanzen alsbald neue Verhandlungen mit den Prinzipalen erfolgen, sah sie von einem lokalen Vorgehen ab.

In Flensburg trafen am 5. Oktober die dortigen Beisitzer in den Ausstand. Infolge der fortwährenden Teuerung in der Grenzstadt Flensburg haben sie sich gezwungen, eine besondere Zulage zu verlangen. Dierhalb angestrebte Verhandlungen wurden von den Prinzipalen zurückgewiesen. Vier Druckerereien mit etwa 40 Gehilfen bewilligten die Forderungen. — Auch in Bielefeld trafen am 8. Oktober 325 Buchdrucker und 500 Hilfsarbeiter in den Ausstand, weil es die Prinzipale ablehnten, über die geforderte Gleichstellung in der Kreiszulage mit den übrigen Druckerorten des Industriebezirks mit 15 Proz. Kohlenzuschlag zu verhandeln.

### Tag- und Nachtarbeit

**Tarifamtliche Stellenermittlung.** Lediger Schwerkrriegsbeschädigter (Wohnungsanfrage) wird als Korrektor und Revisor (auch für Französisch) nach Südbaden gesucht. Schwerkrriegsbeschädigter, der auch im Korrekturlesen bewandert ist, nach Leipzig gesucht. — Ein aus Braunschweig ausgewiesener erster Drucker sucht Stellung als solcher oder einer Vertrauensposten. — Ein ausgewiesener Maschinenleher (zehn Jahre an der Monotypie, zwei Jahre an der Linotypie beschäftigt) sucht Stellung. — Bewerbungen um die offenen Stellen bzw. Stellenangebote erbittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

**Neuregelung der Sonntagsruhe im Hamburger Zeitungs- und Verlagswesen.** Nach den neuen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Hamburger Zeitungs- und Verlagswesen ist die Beschäftigung von Arbeitern an allen Sonntagen und Festtagen mit Ausnahme des zweiten Weihnachtstages, zweiten Oster- und zweiten Pfingsttages bis 6 Uhr morgens zur Herstellung der Sonntags- und Festtags-Morgenausgabe und an allen Sonntagen und Festtagen (mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages, ersten Oster- und ersten Pfingsttages) von 10 Uhr abends ab in Zeitungsdruckerereien, in denen regelmäßig eine Montags- und Nachmittags-Morgenausgabe hergestellt wird, in dem Umlange gestattet, wie er zur Herstellung dieser Morgenausgabe notwendig ist. Bedingung: Allen Arbeitern muß eine spätestens um 6 Uhr am Morgen des Sonntags oder Festtags beginnende ununterbrochene 24stündige Sonntags- bzw. Festtagsruhe gewährt werden. Am Weihnachtstages, Oster- und Pfingsttage muß die ununterbrochene Ruhe wenigstens 48 Stunden betragen. Die an der Herstellung der Montags- oder Nachmittags-Morgenausgabe beteiligten Arbeiter dürfen in den 30 bzw. 54 Stunden vor Beginn ihrer Arbeit nicht beschäftigt werden. Die Gesamtarbeitszeit darf in der Woche 48 Stunden nicht übersteigen. Ebenso wie in Hamburg muß auch anderwärts, namentlich im gesamten Rheinlands-Bezirk, wo noch die allerungünstigsten Verhältnisse herrschen, die Sonntagsarbeitszeit auf ortsüblichem Wege geregelt werden.

**Drucksachenausstellung in München.** Der Bund der deutschen Gebrauchsgraphiker, Landesgruppe Bayern, veranstaltet in München, im Vorraume der Buchdrucker-Erholungs- und Erholungsanstalt 3, monatlich wechselnde Ausstellungen von gebrauchsgraphischen Arbeiten ihrer Mitglieder. Die erste Ausstellung ab 1. Oktober zeigt Schutzmarken und Signete und deren Anwendung. Vom 1. November ab sollen Briefsachen und vom 1. Dezember ab Padungen ausgestellt werden. Die Ausstellung soll namentlich bei der Geschäftswelt das Interesse für muster-gültige Arbeiten anregen. Eintritt frei.

**Wahntisch-Ausstellung im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig.** Infolge der am 2. Oktober stattgefundenen außerordentlichen Verammlung der Leipziger Buchdrucker ist die Eröffnung der Ausstellung auf Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, verlegt worden. Vortrag: 11/2 Uhr.

**Photographic-Ausstellung in Berlin.** Die diesjährige Berliner Jahresausstellung der Photographie, die am 2. Oktober eröffnet wurde, unterscheidet sich auffällig von denen der letzten Jahre. Standen diese im Zeichen der Liebhabersphotographie, die die berufsmäßige Lichtbildnerel auf allen Gebieten zu schlagen suchte und in vielen Fällen auch schlug, so ist es diesmal anders. Wenn auch vorzügliche Leistungen einzelner Amateure zu sehen sind, so lassen diesmal die Leistungen der Berufsphotographen diejenigen der Amateure weit hinter sich. Ein gutes Zeichen für den Beruf, der sich von Außenstehenden nicht über-trumpfen lassen will.

**Zusammenkunft der deutschen Volksbibliothekare.** Am 15. und 16. September hat zu Berlin die erste Tagung deutscher Volksbibliothekare stattgefunden. Ausgiebige Erörterung lebenswichtiger Fragen des deutschen volkstümlichen Bücherwesens, besonders oratorischer und wirtschaftlicher Art, führte zu einmütigen Beschlüssen; insbesondere wurde als dringende Forderung übermittlelt, das verantwortungsvolle Amt des Leiters öffentlicher Bibliotheken, als des berufenen literarischen Beraters der Einwohnerschaft, in Zukunft nur Berufsbibliothekaren anzuvertrauen. Die das ganze Reich umschließende Arbeitsgemeinschaft hat sich eine feste Organisation unter dem Namen Büchererwerbverband. Organ des Verbandes ist die Zeitschrift „Büchererwerb und Bibliothekspflege“ (Leipzig, Sarrasowitz). Sitz ist Charlottenburg.

**Zum Streik in der Berliner Holzindustrie.** Die Berliner Holzarbeiter kämpfen nun schon seit über acht Wochen um Anerkennung ihres Reichsmantelvertrags, der durch endgültige Vermittlung des Reichsarbeitsministers im Juli endlich zustande kam und von Arbeitern und Unternehmern angenommen wurde. Nur die Berliner Unternehmer unter Führung Paetbs stemmten sich dagegen. Vom Reichsarbeitsministerin angebahnte Verhandlungen scheiterten am 23. September, weil die Unternehmer nur zu Verhandlungen bereit waren, wenn die Arbeiter auf den Reichsmantelvertrag verzichteten. Daraufhin verließen die Vertreter des Demobilisationsamts die Parteien näher zu bringen, indem ein mit beiden Parteien vereinbartes Schiedsgericht eingesetzt wurde, das sich aber nach mehreren Verhandlungsversuchen als unfähig erwies, zu entscheiden. Auch ein Zusammenretren dann in amtlicher Eigenschaft unter Vorsitz des Altfeldors Köntner, der sich die größte Mühe gab, brachte keine Einigung zustande. Vom Vorsitzenden wurde schließlich ein unbestimmtes Etwas von Schiedspruch gefällig, der die einseitliche Vertragsreglung wohl anerkennt, aber nicht entscheidet. Die Entscheidung „müsse“ dem in Frage kommenden Verbänden überlassen bleiben; es sei denn, daß die Durchführung der Reichsarbeitsgemeinschaft durch die Allgemeinverbindlichkeits-erklärung eines bereits bestehenden Tarifvertrags seitens des Reichsarbeitsministeriums ersetzt würde. Bis zu dieser Regelung sollten die Holzarbeiter nicht schlechter gestellt sein als ihre Kollegen im Reich. Der Schiedspruch wurde am 7. Oktober von den streikenden Holzarbeitern in zwei überfüllten Versammlungen einstimmig abgelehnt. Wenn es sich nur um den Lohn handelte, dann hätten sich die Streikenden schließlich damit abgefunden, aber sie führen den Kampf um den Reichsmantelvertrag. Trotz der Not, in die sie der lange Streik gebracht hat, werden sie aus-harren, bis ihnen dieselben Arbeitsbedingungen, welche ihre Kollegen in ganz Deutschland haben, bewilligt sind. Mit allen Mitteln, sogar mit Provokation, haben die Unternehmer gearbeitet. Wir erinnern nur an den handlungslosen Möbeltransport einer Streikbrecherfirma, der unter Aufgebot einer großen Zahl Schupolets am 30. September in der „Neuen Welt“ gerade zur selben Zeit abgehandelt werden sollte, als dort etwa 6000 Holzarbeiter Stellung zu den Verhandlungen nahmen.

**Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im August 1921.** Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ läßt die Statistik der unter-rückigen Erwerbslosen im August einen weiteren wesentlichen Rückgang der Zahlen erkennen. Die Gesamtzahl der uners-richtigten Vollerwerbslosen ging von 268 508 im Juli auf 232 369 im August um 13,5 Proz. zurück. An dem Rückgang sind die Männer mit 28 750 (14 Proz.), die Frauen nur mit 7 389 (11,7 Proz.) beteiligt. Auch die Arbeitslosenfallzahl der Gewerkschaften zeigt einen verstärkten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Von 6 890 337 Mitgliedern waren 123 689 oder 2 Proz. (2,6 Proz. im Vormonat) arbeitslos. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweifen hat der Anbrand Arbeitsuchender wieder zugenommen. Die Zahl 915 168 erhöhte sich auf 937 489. Gleichzeitig stiegen die Stellenangebote von 604 820 auf 658 484. Auf 100 offene Stellen entfielen 142 Arbeitsgesuche, gegenüber 151 im Vormonat. An Stelle der Landwirtschaft zeigte sich neben der Textil-industrie auch die Metall- und Maschinenindustrie etwas aufnahmefähiger. Das Gesamtbild ist aber unerfreulich, zumal wenn man berücksichtigt, daß mehrere hunderttausend Personen ständig nur mit Hilfe der produktiven Erwerbs-losenfürsorge, also künstlich, der Arbeitslosigkeit entzogen sind. Die nicht unterrichteten Arbeitslosen sind von der Sta-tistik ebenso wenig erfaßt worden wie die Kurzarbeiter, deren Zahl etwas zurückgegangen ist. Mit Eintritt der ungün-stigen Jahreszeit rechnet man mit Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Noch stärker wird zu gegebener Zeit der Rückgang sein, soweit die Abnahme der Arbeitslosigkeit auf dem Niedergang der Währung beruht. Demgegen-über heben auch die amtlichen Stellen der augenblicklichen Besserung des Arbeitsmarktes mit größter Vorsicht gegen-

über und versuchen durch entsprechende Maßnahmen allzu schweren Störungen des Wirtschaftslebens vorzubeugen. — Für die graphische Industrie, soweit die Angaben des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Hilfsarbeiter, der Lithographen und Steinbrucker, der Buchbinder, des Gutenbergbundes und des christlichen graphischen Zentralverbandes in Betracht kommen und in Vergleich gestellt werden können, ergaben sich bezüglich der Arbeitslosigkeit folgende Ziffern:

	Zahl der Arbeitslosen			Zahl der Mit-glieder über die berichte-t ist	Mitt- liche Mit-glieder-zahl
	Männ- lich	Weib- lich	Zu- sammen		
Verband der Deutschen Buchdrucker	985	—	985	69 452	74 330
Hilfsarbeiterverband	230	286	416	39 502	42 237
Lithographen und Steinbrucker	263	20	283	18 801	18 830
Buchbinder (im „Reichs-arbeitsblatt“ als „Papier-industrie“ aufgeführt)	398	1106	2004	78 194	80 040
Gutenbergbund	30	—	30	2 668	3 003
Graphischer Zentralverband (christl.)	9	40	49	5 112	6 195
Zusammen	2415	1452	3767	213 729	224 635

Prozentual auf die einzelnen graphischen Verbände umgerechnet, ergibt sich seit Januar d. J. bezüglich der Arbeitslosigkeit in der graphischen Industrie folgendes Bild. Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos am Ende der einzelnen Monate:

1921	Ver-band der Deut-schen Buch-drucker	Hilfs-arbeiter	Litho-graphen und Stein-brucker	Buch-binder	Guten-berg-bund	Graphi-scher Zentral-verband	Gesamt- alle ar-beitenden Fach-verb.
Januar	männlich 1,9	1,8	8,9	5,9	1,1	0,5	4,7
Januar	weiblich —	1,9	4,4	3,1	—	1,4	3,7
Februar	männlich 1,9	2,2	1,1	5,5	0,7	0,9	4,9
Februar	weiblich —	0,9	4,4	3,1	—	2,5	4,1
März	männlich 2,2	1,8	3,8	4,8	0,9	0,7	3,7
März	weiblich —	0,9	9,3	4,2	—	3,0	3,6
April	männlich 2,1	1,7	—	6,0	1,0	1,0	3,8
April	weiblich —	1,0	—	3,3	—	3,7	4,4
Mai	männlich 1,8	1,5	3,1	6,1	1,2	0,6	3,5
Mai	weiblich —	0,8	2,1	3,4	—	2,3	4,4
Juni	männlich 1,7	1,5	2,5	5,1	1,0	0,4	2,9
Juni	weiblich —	1,2	9,6	2,7	—	0,9	3,4
Juli	männlich 1,5	1,5	1,7	4,7	1,1	0,5	2,5
Juli	weiblich —	0,6	5,6	2,6	—	1,0	2,5
August	männlich 1,4	1,6	1,4	3,8	1,1	0,4	2,3
August	weiblich —	0,7	5,1	2,0	—	1,4	2,3
Durchschnitt seit Jahresanfang:	männlich 1,8	1,7	2,5	5,2	1,0	0,7	3,5
Durchschnitt	weiblich —	1,0	4,6	3,1	—	2,0	3,6

**Deutsche Papiere in London.** „Paper Trade Review“ vom 25. September schreibt: „Staatsanwerter Preis-stellungen für deutsche Papiere kommen vor, und das Abel muß zunehmen in dem Maße, wie die Mark fällt. Anfangs wurden einseitig glatte Papiere zu 4500 Mk. die Tonne angeboten, was einem Preise von 11 Pf. ckt Rouen entspricht. Keine britische Papierfabrik könnte zu diesen Preisen mithalten. Ferner wurde deutsches Bankpost-papier 11 Pfund schwer in kleinen Posten ab Londoner Niederlage zu 4/1 d das Pfund angeboten. Das ist erheblich weniger als der halbe britische Preis, und man muß sich noch fragen, wie niedrig der Preis bei großen Anfertigungen wäre. Infolge seiner schlechten Valuta beherrschte Deutschland nicht nur den englischen, sondern den gesamten ausländischen Markt, und auch das Industrie-schutzgesetz, wenn es auf Papier Anwendung fände, würde gegen diesen Wettbewerb nur geringen Schutz bieten. Die Einfuhr finnischen Papiers hat durch das billigere Angebot von Deutschland in den letzten Monaten abgenommen.“

### Briefkasten

**C. O. in C.:** Dazu kann erst in einigen Nummern Stellung genommen werden mit Sachen, die wir noch abwarten. Zurück-lieben erfolgt dann prompt. — **Nach D.:** Danken erhalten! erbitten weitere Zuleitung, wenn möglich. — **A. S. in C.:** Ihr Prinzipal ist nicht recht bei Trott. Auf keinen Fall ist das ausläs-sigkeit! Handhabung ergibt sich dafür. — **M. H. in B.:** Danken für die Mitteilungen. — **S. in D.:** Ihr Schreiben war in jeder Beziehung wertvoll für uns. Man begegnet ja sonst so häufig oberflächlicher Beurteilung. Wir schätzen Ihnen in der Tendenz Ihrer Ausführungen bei. An die Prinzipale können wir aber nur durch den „Korr.“ und bei Verhandlungen damit herankommen. Sie irren hier, das Verbandsorgan wird in Prinzipalschreiben aufmerksam verfolgt. Das Obligatorium des „Korr.“ zu weit haben wir immer als unzureichend betrachtet. Man soll doch lieber jedes Mitglied die Hälfte des Abkommens selbst zahlen lassen, damit der einzelne seinen „Korr.“ hat und ihn richtig lesen kann. — **P. M. in B.:** Nach nicht zum Verbänden gekommen, aber nach der „Korrespondenz“ werden wir besser tun, uns vorher mit Stützungsmitgliedern zu versehen. — **Alto:** Ganz recht gesagt. — **S. M. in B.:** Wir hoffen, daß Sie nunmehr in einer der nächsten Nummern zum Vorschein kommen können. — **W. M. in Hamburg:** Benutzen den zuerst gelangenden (zusammengedrängten) Bericht, unter Einwirkung der neuen Be-willigungsgesetze, Grub. — **P. H. in C.:** Haben Ihre Reklamation weitergegeben. — **Nach Jena:** 5 Mk. — **P. B. in Bremen:** 5,50 Mk. — **T. v. R. in B.:** 15 Mk.

### Verammlungskalender

**Berlin.** Verammlung der Freien Faktorenvereingung Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsplatz 2.  
**Bonn.** Bezirksversammlung Sonntag, den 6. November, in Gummerobach, Anträge bis 30. Oktober an den Vorsitzenden.  
**Chemnitz.** Maschinenereiverammlung Sonntag, den 16. Okto-ber, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Palatia“, Reichsstraße.  
**München.** Außerordentliche Maschinenere-General-versammlung Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Restaurant Jürgel, Ecke Reichenbachstraße und Gartner-platz.  
**Weimar.** Verammlung Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“ (kleiner Saal).



## □ Aus dem Genossenschaftsleben □

### Der Internationale Genossenschaftskongress zu Basel

Nach lebenslänglicher Pause land in den Tagen des 22. bis 25. August wieder ein Kongress der genossenschaftlichen Internationalen statt, der außerordentlich stark besucht war und dem in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung eine besondere Bedeutung beizumessen ist. Es sind sieben hofe Jahre verfloßen, seitdem — im August 1913, ein Jahr vor Ausbruch des Weltkriegs — unser weltbekannter Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer v. Elm auf dem Kongress zu Glasgow mit allen deutschen Genossenschaftlern sich zu der dort eingebrachten Friedensresolution bekannte. Wir hören noch den freudlichen Jubel des Kongresses, insbesondere der Engländer und — feinsten heute unser der erdrückenden Last eines verlorenen Krieges, der nicht der des deutschen Volkes war und den auch die deutschen Genossenschaftler nicht verhindern konnten.

Um es gleich zu sagen: auf dem Kongress in Basel gab es keinerlei Auseinandersetzungen über Verantwortlichkeiten am Kriege. Die Genossenschaftler aller Länder sind viel zu sehr Wirtschaftssozialisten und als solche Realpolitiker, um sich nachträglich nutzlos die Köpfe zu erhitzen. Aber man merkte und fühlte allenthalben den festen Willen, durch die stärkste Entwidlung der genossenschaftlichen Wirtschaft und der in ihr ruhenden sittlichen Ideale einem künftigen Weltengedächtnis nach Maßgabe der genossenschaftlichen Kräfte vorzulegen. In einer von dem französischen Nationalökonom und Professor der Rechte, Charles Gide, vorgeschlagenen Resolution ist dies verbriefelt. Zu vermerken ist hierbei, daß der ursprüngliche Text der Resolution, der die härtesten Zweifel in die Vermeidung künftiger Kriege durch internationalen Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze auf dem Wege der Genossenschaftswirtschaft legte, zu drei Vierteln durch eine Neufassung ersetzt wurde, die von dem Deutschen Feuerstein vorgeschlagen worden waren. Es war eigentlich die erste öffentliche Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Franzosen, die da vor einem Forum von 25 durch 500 Delegierte vertretenen großen und kleinen Ländern der Welt stattfand. Und das Interessante daran, daß die deutsche Auffassung von der Völkerverständigung sich als überlegen erwies. Die internationalen genossenschaftlichen Wirtschaftswissenschaftler im Sinne des Schöler-Dehly'schen Wortes: „Die Genossenschaft ist der Friede!“, von den Vertretern aller Länder, selbst der Franzosen, lebhaft beklatscht und dann in der Neuformulierung einstimmig angenommen wurde.

Im Gegensatz zu der Weltpolitik auf deutschen Genossenschaftskongressen, politische Fragen von jeglicher Diskussion auszuschließen — was durchaus zu billigen ist —, beschäftigte sich der Internationale Genossenschaftskongress zu Basel sehr ausgiebig mit den wichtigsten politischen Zeitfragen, allerdings immer nur in dem Zusammenhange der künftigen Wahrung des Friedens. Die Beteiligung der Genossenschaftler am Völkerverband und beim Internationalen Arbeitsamt gaben dazu hinreichend Gelegenheit. Daß diese Beteiligung der Genossenschaftler dem Völkerverband und den Grundfragen des Völkerverbandes eine starke Grundlage geben würde, ergab sich aus der Feststellung, daß dem Internationalen Genossenschaftsbund durch 25 Landesverbände 42.650 Genossenschaften — meist Konsumvereine — mit mehr als 24 Millionen Mitgliederfamilien, d. h. etwa 100 Millionen Menschen, angeschlossen sind. Da es vornehmlich Deutsche, Engländer, Franzosen, Russen, Italiener usw., kurz der europäischen Kontinent und das britische Inselreich sind, die diese Zahlen bilden, so ist ganz klar, wie durch deren wirtschaftliche Verbindung in gemeinsamem Interesse den politischen Zielen des Völkerverbandes vorgearbeitet und gedient werden kann. Dabei will aber der Bund Mitwirkender sein, ebenso im Internationalen Arbeitsamt; und mit Recht, denn seine 42.650 Genossenschaften sind ein Arbeitsgeberkonzern, dessen einheitliche Struktur alle Möglichkeiten sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs in der internationalen Wirtschaft bietet. Der hochpolitische Hintergrund dieser Tatsache macht sich jedem Denkenden von selbst bemerkbar.

Eine der „Traktanden“ des Kongresses, wie die Schweizer sagen, bildeten auch „Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und Genossenschaftlern“, worüber der im internationalen Arbeiterkongress wohlbekannte Belgier Viktor Servin referierte und eine Resolution vorbrachte, die u. a. einen Appell an die Gewerkschaftler aller Länder enthielt, mehr als selber sich die Entwicklung der Genossenschaften angelegen sein zu lassen, im übrigen die lehreren verpflichtete, vorbildliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen und durch kollektive Arbeitsverträge festzusetzen. Immerhin enthält die Resolution auch die Mahnung an die Gewerkschaften, bei ihren Forderungen an Genossenschaftsbetriebe die mit der Privatwirtschaft konkurrierenden genossenschaftlichen Produzenten- und Konsumenteninteressen zu berücksichtigen, wenn nicht der „Wirt“ brechen soll. Deutscherseits konnte festgestellt werden, daß schon seit 15 Jahren nach den Grundfragen der Resolution über

kollektive Arbeitsverträge usw. verfahren werde. Dabei machte der Sprecher Lorenz (Hamburg) von einem bezeichnenden Vorgange Mitteilung. Auf der Tagung wurde der kommunistische Völkerverband, „Vorwärts“, verbriefelt, der die Mitteilung brachte, daß bei der Grobeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Gröbba (Sachsen) 200 Arbeiter streikten, weil man ihnen angeblich die durch das Betriebsrätegesetz verbriefelten Rechte verweigerte! Lorenz ließ telegraphisch feststellen, daß die in ausfälliger Form verbriefelte Mitteilung eine kommunistische Lariereinnahme war! So macht man auf jener Seite in „Arbeiterpolitik“! Natürlich sollte die Mitteilung den Kongress im allgemeinen und die deutschen Teilnehmer im besonderen in den Augen der Basler Arbeiter diskreditieren. Man merkte die Absicht und wurde nicht verstimmt.

Die für die künftigen Gesellschafts- und Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Genossenschaften wichtigste Materie war Heinrich Kaufmann (Samburg) vom Zentralverband deutscher Konsumvereine übertragene worden: „Die Errichtung einer Internationalen Grobeinkaufsgesellschaft“. Alle Resolutionen und Worte und Reden können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das praktische Beispiel den entscheidenden Punkt für eine friedliche Menschheitsentwicklung bildet. Die international organisierte Genossenschaftswirtschaft schließt gegenständig konkurrierende Wirtschaftsinteressen der Völker aus — dies Wesen ist antikapitalistisch von Grund auf und verbürgt die allmähliche Anbahnung eines wirklichen Völkerverbandes. Hier schlägt Wirtschaft unmittelbar in Politik um, auch wenn die Wirtschaft nur um ihrer selbst willen auf eine solche Basis gestellt wird. Darum soll durch die Errichtung einer Internationalen Grobeinkaufsgesellschaft, die grundsätzlich beschloßen wurde, der Anfang zur Verwirklichung der Idee gemacht werden. Denn, so schloß Kaufmann sein interessantes und für das praktische Beispiel wichtige Referat: „Im Anfang war die Tat!“

Aus interessanten Einzelheiten und der äußeren Ausmachung mögen noch einige Striche gezeichnet sein. Aber die Zulassung der russischen Vertreter wurde zwischen Franzosen und Deutschen einerseits und Engländern andererseits am ersten Tage hart gekämpft. Der leitende Ausschub des Bundes wollte die Mitgliedschaft der Russen, denen übrigens die Einreise in die Schweiz verweigert worden war, erst anerkennen, wenn über die organisatorische Struktur des russischen Genossenschaftsverbandes volle Klarheit geschaffen wäre. Denn durch die Pläne der Sowjetregierung gibt es keine den Sätzen des Bundes entsprechende selbständige und freie russische Genossenschaftsbewegung mehr. Neuere Nachrichten aus Rußland sollten hierin erfreuliche Änderungen erkennen lassen, aber geklärt war die Frage nicht. Von diesem Standpunkt aus waren die Franzosen und mit ihnen die Deutschen „Arm in Arm“ gegen die Zulassung, die „praktischen“ Engländer aber dafür, da ihre Regierung bereits Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland angeknüpft hatte. Was war wirtschaftlicher und politischer Zufall zugleich. (Ich meine: auch klug, und die Deutschen hätten gut daran getan, ebenso zu verfahren, denn die Franzosen ihrerseits vertreten eigentlich mehr oder weniger doch auch nur den Standpunkt ihrer Regierung, die unversöhnlich sowjetfeindlich ist. D. V.) Der russischen Vertreterin, die als Gast der Engländer zugelassen war und welche bekanntlich, seit vier Jahren nicht mehr in Rußland gewesen zu sein (!), gelang es, mit den durch ihre große Vertreterzahl ausschlaggebenden Engländern die übrigen Nationen (außer Franzosen, Deutschen, Schweizern, Schweden, Holländern, Norwegern und Finnländern) zur Mehrheit zu sammeln und mit 734 gegen 474 Stimmen die formelle Zulassung gegen den Vorschlag des Ausschusses herbeizuführen. Die Frau Polozetova, eine schöne und dazu russisch-aristokratische Erscheinung vom Scheitel bis zur Sohle, mag durch ihre persönliche Erscheinung manches zu dem Resultat beigetragen haben.

Von den gehaltenen Begrüßungsreden war die des Sekretärs des japanischen Völkerverbandes vor allem von besonderem Interesse; aber noch härter wirkte der Sekretär des (Amsterdamer) Internationalen Gewerkschaftsbundes in Vertretung von 27 Millionen Gewerkschaftlern, der dem Kongress den Willkommen derselben entbot. Und das stärkste Interesse boten zwei Reden des persönlich anwesenden schweizerischen Bundespräsidenten, der auf dem Kongress und bei der Einweihung eines Gedenksteins zu Ehren der vom Verbandschweizerischer Konsumvereine errichteten großen genossenschaftlichen Siedlung „Friedorf!“ Reden hielt, die zeigten, was eine wahre demokratische Staatsverfassung für die Entwicklung der Völker bedeute. Sie lösten förmlichen Jubel bei den Vertretern aller Völker aus. —

Der Basler Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes hat in praktischer Beziehung einen wichtigen Markstein für die gemeinschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen und Interessen vor allem der europäischen Völker gesetzt: er war ein wirklicher und faktisch der erste Friedenskongress nach dem schauerlichen Wahnsinn von 1914/1918. Denn: „Die Genossenschaft ist der Friede!“ [1]

## Die Gründung einer christlichen Genossenschaftsinternationalen

Im Ende August in Zürich auf einer zu diesem Zweck einberufenen, vom Kongress der christlichen Genossenschaften in Stallen (Ende April) veranstalteten Konferenz vorgenommen worden. Es nahmen christliche Genossenschaftsvertreter aus der Schweiz, aus Italien, Deutsch-Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Deutschland, Holland, Belgien und Frankreich an der Gründungsverammlung teil. Der internationale christliche Genossenschaftsbund war durch seinen Präsidenten Nationalrat Scherrer vertreten. Als Sitz dieser neuen Internationalen wurde Rom gewählt, als Präsidenten Abgeordneter Langercelli, als Generalsekretär Dr. Corlis. In jedem Lande wird ein Auskunfts-bureau errichtet werden für den Export. Die deutschen christlichen Genossenschaften Reichsverband deutscher Konsumvereine finden noch einen Naken an der neuen Sache, weil sie konfessionell gar zu eng aufgezogen wurde. Aber das ist nur einstweilen; man wird schon noch feste mitmachen.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Barth (Offsee). (Vierteljahrsbericht.) Die Juli-verammlung befaßte sich besonders mit dem Ergebnisse der Tarifauseinandersetzung bzw. dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums. Gegen die Firma Carl Nord in Barth mußte wegen Verstoßes gegen die Beihilfsordnung (§§ 21 und 23) tarifrechtlich vorgegangen werden. Beklagter nimmt sich als Rechtsbeistand vor dem Tarifamt den Vorposten des Arbeitgeberverbandes Straßund (!). — In der Augustversammlung wurde die Aktion des Bezirks- bzw. Ortsrats auf Durchdringung einer 40- bis 50prozentigen Lohnverböschung für alle angeschlossenen Verbände auf das eifrigste abgelehnt. — Die Septemberversammlung befaßte sich nochmals mit der Vergütung der städtischen Druckarbeiten, die bekanntlich an hiesige Buchbinder (die weder den Tarif anerkannt haben, noch Personal beschäftigen, wohl aber eine kleine Druckerei besitzen, ohne Fachmann zu sein) und an auswärtige Firmen vergeben werden. Jetzt wird sich das Kreisamt mit der Anglegenheit befassen, um diesem Uebelstand endlich Halt zu gebieten.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabriker-verein.) In der Versammlung am 2. Oktober gab der Vorsitzende die Bewegungsskizze über das letzte Vierteljahr bekannt. Den Druckereikaffern wurde aufgegeben, bei Neuauflagen des Einzeldrucks sofort einzugehen. Am 20. November findet mit den Korrespondenten gemeinsam ein Lichtbildvortrag statt über „Deutsche Sprache“ und „Sturiositäten in der Segmaschinenherstellung“. Da die russischen Aufträge sich häufen, wurde auf Antrag des Vorstandes beschloßen, einen russischen Sprachkursus einzurichten. Teilnehmer haben sich beim Vorsitzenden zu melden. Alsdann ging Kollege Braun ausführlich auf unsere Lohnbewegung ein und begründete in eingehender Weise, unter welchen Umständen unsere Vertreter dem neuen Abkommen zugestimmt haben. In der Diskussion wurde anerkannt, daß die Gehaltsverteilung alles verfehlt hat, um ein günstiges Resultat zu erzielen. Mit dem Erreichen hätte die Allgemeinheit trotzdem nicht auskommen. Gegen unsere Prinzipale bleibe nur der Kampf übrig. Auf eine Anfrage, wie das neue Minimum berechnet wird, gab Kollege Braun eine genaue Berechnung in allen Abstufungen bekannt. Ein Kollege schilderte hierauf die mißlichen Verhältnisse in Sofia und warnte vor Konditionsannahme dort. Zur Aufnahme meldeten sich 35 Kollegen. — Nächste Versammlung am 6. November.

Darmstadt. Am Sonnabend, 8. Oktober, ist der Streik in Darmstadt und Umgebung begelegt worden, nachdem am Freitagmorgen in Verhandlungen von je drei Vertretern der Parteien unter Hinzuziehung der beiderseitigen Kreisvertreter mit dem Demobilisierungskommissar die nötigen Unterlagen geschaffen waren. Die Arbeit ist am 10. Oktober unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen worden: Mit sofortiger Wirkung wird der Restbetrag von wöchentlich 7 Mk. zur Erreichung des vollen Lokalaufschlags, der eigentlich erst ab 1. Januar 1922 in Kraft treten sollte, gezahlt. Für die vor dem 30. September 1921 liegende Zeit, in der der erdohle Lokalaufschlag noch nicht voll zu geben war, wird allen Gehilfen eine Vergütung von 60 Mk. gewährt. Die Hilfsarbeiter erhalten auf die vereinbarten Löhne den ihnen nach dem Restlohn zustehenden prozentualen Anteil. Dem Abkommen wurde von allen Beteiligten zugestimmt.

M. Donauwörth. Am 2. Oktober land hier die Bezirksversammlung des Bezirks Donauwörth-Willingen. Die von den Kollegen der angeschlossenen Druckereien besucht war. Vormittags war eine Druckereiausstellung mit Referat des Faktors Kollegen Kupprecht (Donauwörth) arrangiert, die eine Übersicht der Vermögenslage der hiesigen Druckereien gab. Die anwesenden

Wälte äußerten sich sehr lobend über diese Arbeiten, die den Beweis erbrachten, daß man auch in der Provinz zusehender sich technisch auf der Höhe der Zeit zu halten. Zugleich lagen noch Johannisfeldbruderschaften für 1921 auf, die ebenfalls großes Interesse fanden. Anschließend fand eine Besichtigung des hiesigen städtischen Museums statt, wo die Kollegen Gelegenheit hatten, u. a. die alten, sehr wertvollen, handgeschriebenen Urkunden anzusehen. In der Versammlung begrüßte unser Bezirksvorsitzender Kantsenbach (Dillingen) die erschienenen Kollegen und besonders unseren Gauvorsitzer Kemmerich. Der Vorsitzende Reindl hieß die Kollegen im Namen des Ortsvereins herzlich willkommen, gab seiner Freude Ausdruck, hier so viele Kollegen begrüßen zu können, und richtete warme Worte an die Kollegen, stets die Interessen unseres Verbandes hochzuhalten. Zur Versammlung waren von den Druckorten Conaunow 29, Höchstadt 1, Dillingen 13, Lauringen 2, Gundelfingen 2, Günzburg 6 und Werkingen 4 Kollegen gekommen. Kollege Kemmerich berichtete uns in klaren Ausführungen über die letzte Tarifabschlussprüfung und deren Ergebnis. In der sich anschließenden Diskussion begrüßte die meisten Redner, daß endlich einmal eine Zulage herauskam, die den Lohnunterschied zwischen Provinz und Großstadt nicht noch mehr vergrößert. Es kann gewiß heute nicht mehr behauptet werden, daß das Leben in der Provinz billiger ist als in der Großstadt. Im Gegenteil, Bekleidungs- und verschiedene andere Artikel kaufe man in der Großstadt besser, weil die Auswahl und der Umsatz größer ist. Immer wieder wurde betont, daß diese Zulage kann die neue Steuerung an- und wenn nicht einmal von Regierungsgelde dem fortwährenden Preissteigen der landwirtschaftlichen Artikel ein energieloses Halt entgegengerufen wird, und wenn nicht einmal den Schiebern, Wucherern und Preistreibern, von denen wir in der Provinz traurige Mietleistungen kennen, energisch auf den Hals gedrückt wird, dann können wir in einigen Wochen wieder um Zulage anhalten, und mit vollen Säcken Steuern wir ähnlichen Zuständen wie in Österreich entgegen. Auch wurde der Wunsch laut, es hätte der glücklichen Lohnlosen nähergetreten werden sollen, um endlich die zeitraubenden, aufreibenden und kostspieligen Tarifabschlussprüfungen abzuschaffen zu können. Alle Redner versicherten sich dem nicht, daß unsere Gehilfenvertreter ihr möglichstes getan hätten, die berechtigten Forderungen der Gehilfen durchzusetzen. Die nun folgende Berichterstattung der angeschlossenen Druckorte zeigte, daß seit der Zeitsstellung organisatorisch und tariflich manches schon verbessert wurde, was nicht zuletzt unsern rührigen Bezirksvorsitzenden zu danken ist. Zu beklagen ist die verhältnismäßig hohe Belegschaftszahl, die noch eine Folgeerscheinung des Krieges ist. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen mit einer Ausnahme die alten Mitglieder hervor. Kaiserlicher Obermeister (Dillingen) erstattete den Kassenbericht, der aufgegeben werden konnte. Infolge des guten Bestandes konnten den auswärtigen Kollegen die vollen Gehaltskosten entlastet werden. Als Tagungsort für die nächsten Bezirksversammlungen wurde Kalligen gewählt. Nach Schluß der Versammlung verbrachte man die Zeit bis zur Abfahrt der Kollegen in gemüthlicher Stimmung.

**Hamburg-Altona.** In einer Versammlung am Sonntagvormittag (9. Oktober) erstattete Kollege Thorhauer den Situationsbericht. Die Unternehmerrfront bröckelt weiter ab. Bis jetzt haben 50 Betriebe mit fast 600 Gehilfen (darunter auch die Verlagsbuchhändler Deutscher Konsumvereine) die Forderungen der Buchdrucker und Hilfsarbeiter bewilligt. Die Verhandlungen vor dem Tarifamt in Berlin sind nicht zustande gekommen. Wohl durch Beeinflussung in Berlin nahmen die Hamburger Unternehmer die bereits fallengelassene Forderung, vor irgenwelchen Verhandlungen die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wieder auf. Solcher Zumutung konnten wir uns nicht unterwerfen. So gingen die Abordnungen resultatlos auseinander. Die Versammlung wies diese Zumutung der Unternehmer ebenfalls zurück und billigte einmütig den Standpunkt der Streikkommission. In folgender, einmütig angenommenen Entschließung kam die Willensmeinung der Hamburger Kollegen zum Ausdruck: „Die Versammlung beschließt, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bevor unsere Forderungen bewilligt sind.“ Kollege Thorhauer gab der Überzeugung Ausdruck, daß in gleicher Einmütigkeit wie bisher der Kampf weitergeführt wird bis zum siegreichen Ende. 2500 Kollegen waren anwesend.

**Kassel. (Maschinenleger.)** In direkter Beziehung mit dem am 18. September gehaltenen Vortrag über die „Volks-Heilung“, der bereits in Nr. 112 besprochen, stand eine am 25. September ebenfalls zahlreich und auch von Handsehern und Maschinenmeistern besuchte Besichtigung der im „Volksblatt“ neuangelegten elektrischen Sehmahnenbelegung „Winkler“, die natürlich ebenfalls ihre Vorteile hat und mit der man allgemein sympathisiert. Am nicht nur möglichst allen Berufsangehörigen Gelegenheit zu geben, sich in die Arbeit eines Maschinenlegers zu versehen, den Mechanismus und die Vielseitigkeiten der Sehmahnen zu veranschaulichen, sondern auch allen Spezialkollegen Weiterbildung und Vertiefung in den Mechanismus aller Sehmahneninstitute zu ermöglichen, fanden anschließend daselbst belehrende und praktische Erklärungen an den Typog. apb- und Linolnpe-Sehmahnen durch Kollegen der technischen Kommission statt, welche jedenfalls ihren Zweck nicht verfehlt haben dürften. Der Betriebsstellung des „Volksblattes“ sei nochmals auch an dieser Stelle für das bereitwillige Entgegenkommen gedankt. — Um das kollegiale und gesellige Leben zu fördern, fand am 8. Oktober anschließend an die Versammlung ein ungezwungenes Beisammensein mit Frauen statt.

**Leipzig. (Gauamtsgliederungsversammlung am 2. Oktober.)** Nicht geträgt haben und standen die zahlreich

erhaltenen Kollegen im „Vergeld“ zu U-Güterlich, um den Bericht entgegenzunehmen über die örtlichen Verhandlungen mit der Prinzipalfür. Kollege Sesselbarth wurde in ausdrücklicher Weise seiner Aufgabe als Berichtserfasser gerecht. Redner gab zunächst einen Rückblick auf die in der Versammlung am 26. September gefasste Entschließung und den angenommenen Antrag, der beflagt, daß Überstunden nicht geleistet werden dürfen und neu einzulegende Schichten nicht zu genehmigen sind. Dieser Antrag hätte bewirkt, daß die Prinzipalfür sich an das Tarifamt gewandt hätte und in diesem Vorgehen einen Tarifbruch erlitten. Es habe infolgedessen ein Telegrammwechsel mit dem Tarifamt und Gauvorstand stattgefunden, von dem der Referent der Versammlung Kenntnis gab. Dann schilderte er die Verhandlungen mit den hiesigen Prinzipalfür, woran auch unser Verbandsvorsitzender Seih teilnahm. Trotzdem bei diesen Verhandlungen alle nur erdenklichen Argumente von Gehilfen Seite ins Feld geführt wurden, ließ die Prinzipalfür sich nicht herbei, auch nur ein Zugeständnis zu machen. Die Prinzipalfür hätte durchblicken lassen, daß ein lokales Vorgehen in Leipzig den Kampf im ganzen Reich zur Folge habe. Im unmittelbaren Anschluß an die ergebnislosen Verhandlungen nahm der Gauvorstand mit den drei Aktionsausschüssen Stellung zur Situation. Nach reichlicher Aussprache gaben die Antragsteller die Erklärung ab, daß sie einstimmig beschlossen hätten, an ihren Forderungen festzuhalten. Der Gauvorstand glaube jedoch die Verantwortung für ein lokales Vorgehen nicht übernehmen zu können, zumal die maßgebendsten Druckstädte den Abmachungen ihre Zustimmung gegeben hätten. Redner verbeistete sich dann noch über das Ergebnis der letzten Tarifabschlussverhandlungen und stellte einen Vergleich an mit den Leipziger Forderungen. Durch den Abbruch der Verhandlungen im Tarifamt habe die Hauptforderung, Gleichstellung Leipzigs mit Berlin oder Hamburg, nicht zur Belpredung gekommen. Schaß wies Redner die Pamphlete in den Leipziger Tageszeitungen gegen die Gehilfenschaft zurück. In dieser Beziehung leisteten sich die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ganz Weisbederes. Schließlich richtete der Berichtserfasser den Appell an die Versammelten, bei der Abstimmung mit reiflicher Überlegung zu verfahren und die Aussprache in ruhiger und sachlicher Weise zu führen. In seinen Schlußausführungen legte Redner noch einmal die Folgen eines lokalen Vorgehens klar und verlos folgende, vom Gauvorstand eingebrachte Entschließung: „Die am 2. Oktober im „Vergeld“ verammelten Buchdruckergehilfen haben den Bericht über die örtlichen Lohnverhandlungen zur Kenntnis genommen und haben sich veranlaßt, in Rücksicht auf die Interessen der übrigen deutschen Kollegenchaft von ihren besonderen Forderungen vorläufig Abstand zu nehmen. Die Versammelten erwarten aber, daß die Verbandsinstanzen und Kreisvertreter baldigst neue zentrale Verhandlungen anbahnen, um hierbei für die deutsche Kollegenchaft weitere Zuständnisse zu erreichen und andererseits die berechtigten Leipziger Forderungen zur Durchführung zu bringen.“ Die Aussprache über das gehörte viel eine große Anzahl Redner auf den Plan. Einer der drei Antragsteller gab die Erklärung ab, daß sie an ihren Forderungen festhalten und durch einen dementsprechenden Antrag die Urabstimmung fordern. Noch mehrere Redner der Opposition stellten diese Forderung auf und ließen alle Mienen springen, um die Kollegenchaft Leipzigs zu einem lokalen Vorgehen zu bewegen. Von der Gegenseite konnte nur ein Kollege zu Worte kommen. Während dieser darauf hinwies, daß die in letzter Versammlung gefasste Entschließung vorläufig gewesen sei und auf die finanzielle Seite eines Kampfes näher einzugehen, erluchte Kollege Stürz von der Vernahme einer Urabstimmung Abstand zu nehmen. Die Folgen einer Urabstimmung seien zweifelndig. Er empfahl die Annahme des Antrages des Gauvorstandes. Ein Schlußantrag schneit den noch zahlreich eingetragenen Rednern das Wort ab. In seinem Schlußwort ging Kollege Sesselbarth auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein und nachdem er nochmals die Annahme der Entschließung des Gauvorstandes empfohlen hatte, konnte zur Abstimmung geschritten werden. Da die Abstimmung durch Sonderbeleg angezwungen wurde, fand eine Abstimmung durch Stimmgelbst statt. In dieser wurden 1264 Stimmen für und 905 Stimmen gegen die Entschließung des Gauvorstandes abgegeben. Ein nicht unerheblicher Teil der Kollegen hatte sich der Stimme enthalten. Damit war der Antrag auf Urabstimmung gefallen.

**Memel.** Die für den Herbst fällige Bezirksversammlung im abgetrennten Memelgebiet wurde am 12. September hier abgehalten, zu der neben den Memeler die Hendebrüger und Pogener Kollegen fast vollständig erschienen waren. Eingeleitet wurde die Versammlung mit einem vom Kollegen Stahlg gedichteten und auch von ihm selbst gesprochenen Prolog, worauf in Erledigung der Tagesordnung die letzten Lohnverhandlungen debattiert und Maßnahmen erwogen wurden, welche Schritte zu unternehmen seien, falls die Tarifverhandlungen bis zum 1. Oktober noch nicht abgeschlossen sein sollten. Hierbei wurde auch die Forderung gestellt, bei dem Tarifante dabin zu wirken, daß für das Memelgebiet eine ständige Sonderzulage geschaffen werde, da die wirtschaftliche Lage im abgetrennten Gebiete weitaus leurer ist als im Reich. Sodann referierte der Sekretär des Gewerkschaftskartells Mübrig über „Die gewerkschaftliche und wirtschaftliche Lage“, dessen Ausführungen äußerst interessant waren und für manche anwesende Kollegen, welche abseits unserer Organisation stehen, auch belegend wirken konnten, wühte er doch festzustellen, daß nur durch ein geschlossenes Zusammengehen aller Arbeiter dem Kapitalismus entgegengetreten und die Probleme wirkungsvoll gelöst werden können, die noch der Lösung im Memelgebiet harren.

Nachdem als Ort für den nächsten Bezirksstag Hendebrügge festgelegt und einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die Verammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Für den Natamitag hatte der Memeler Ortsverein ein Familienfest arrangiert, das in harmonischer Weise verlief. — Zu der Lohnbewegung im Memelgebiet wäre noch zu bemerken, daß bei den Verhandlungen, die Anfang September von dem Bezirksvorstand eingeleitet wurden, neben den bestehenden Kartell für jeden Kollegen im Bezirk eine Aufbesserung von 25 Mk. die Woche, nebenbei für Verbeirafete noch eine einmalige Beihilfe von 50 Mk. für jedes Kind, erzielt wurden. Diese Abmachungen gelten für den Monat September. Bei dieser Gelegenheit machte der Vorstand des Memelandsbezirks alle in das Memelland einreisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß zur Einreise in das Memelgebiet ein Auslandspaß mit dem deutschen und dem französischen Wlhum nötig ist.

**Bl. Münden.** Mehreren Aufnahmegesuchen meist neuangelernter Kollegen wurde in der Versammlung am 6. September zugestimmt, eine Reihe lokaler Angelegenheiten erledigt, die Abrechnungen des Ortes und Gaus über das zweite Vierteljahr wurden genehmigt und dann in längerer Aussprache dem Gehilfenvertreter die Wünsche der Kollegenchaft zur Tarifabschlussprüfung vorgelesen. Zu den bevorstehenden Wahlen zum Ausschuß der Ortskrankenkasse gab Kollege Döbling einen Überblick über das Wirken der freiorganisierten Versicherungsvertreter, die eigentliche Stellungnahme der Ärzte und die Schwierigkeiten, den die Arbeitsvertreter und die Arbeitsnehmervertreter anderer Richtung den wohlgemeinten Anträgen der freiorganisierten Versicherungsvertreter bereiseten. Zur Wahl selbst wurden sieben Kollegen als Kandidaten aufgestellt. — In der Versammlung am 27. September, an der auch Kollegen aus Sachau teilnahmen, wurde eines verstorbenen Kollegen und der Opfer des Unglücks in Oppau durch Erheben von den Siben ehrend gedacht, dann wurden wieder elf Aufnahmegesuche in zukünftigem Sinne dem Gauvorstand überwiehen. Aber die Tarifabschlussprüfung und die Gauvorleiterkonferenz gab Kollege Kemmerich einen eingehenden Bericht, in dem er alle wichtigen Vorkommnisse der letzten Tage schilderte, die im Gewerbe herrschende Situation besprach und die Haltung der Gehilfenvertreter und Gauvorsitzer rechsrtigte. An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache an, in der das Erreichte, trotzdem es sich diesmal in einigermaßen annehmbaren Ziffern als früher auswirkte, doch nicht als das bezeichnend werden könne, was unbedingt für einen Buchdrucker notwendig sei, der nur die mindelsten Anforderungen an das Leben unter den herrschenden Steuerungsverhältnissen stelle. Wenn man betrachte, daß von dem kleinen Betrage schon wieder eine ganze Reihe sozialer und steuerlicher Lasten bestritten werden müßte, so könne man das Ergebnis der Verhandlungen als heineswegs befriedigend betrachten. Kritisiert wurde besonders die Trennung der vollen Auswirkung wieder in zwei Rufen und der späte Termin, an dem erst wieder neue Verbesserungen möglich sind. Auch die Staffelung, die noch viele Ungerechtigkeiten zwischen den Gehilfen der einzelnen Klassen enthalte, müsse endlich einmal beseitigt werden. Den Lehrlingen gegenüber hätte man auch entgegenkommender sein müssen. Der Wunsch kam zum Ausdruck, daß sobald als möglich wieder in neue Verhandlungen eingetreten werden müßte, weil wir Buchdrucker das noch lange nicht eingeholt haben, was in den letzten zwei Jahren veräumt wurde. Am dem Gewerkschaftsvereine mehr Mittel zur Beseitigung seiner Ausgaben zur Verfügung zu stellen, stimmte die Versammlung der Erhöhung der an ihn zu leistenden Beiträge zu.

**m. Tiffel. (Verteilsjahrsbericht.)** Das verlossene Quartar war ebenfalls ein ruhiges. Arbeit war genügend vorhanden. Nur in einem Betriebe mußten die Drucker vorübergehend verkürzt arbeiten. In drei Versammlungen wurden die internen Angelegenheiten unseres Ortsvereins erledigt, wie auch zu der brennendsten Frage, der wirtschaftlichen Hof, Stellungnahme erfolgte. Der Anmut über das Verhalten unseres Tarifkontrahenten war nur zu berechtigt und fand in scharfen, stets sachlichen Diskussionen seinen Ausdruck. Ein dringender Antrag, den Tarifkreis XII in der Entlohnung mit den besetzten Gebieten gleichzustellen, fand nicht nur im Bezirk Tiffel, sondern auch in den andern Bezirken des Tarifkreises zwingende Aussprache. Ein entsprechender Antrag wurde von hier aus dem Kreisvertreter übermiffelt.

**Wiesbaden.** Die am 28. September abgehaltene Ortsvereinsversammlung, die von 135 Kollegen besucht war, beschäftigte sich mit der letzten Tarifabschlussprüfung. Kollege Holt gab einen Bericht über eine Bezirksvorleiterkonferenz in Mannheim am 24. September. Die Versammlung stellte sich auf dem Standpunkt, daß die Abmachungen des Tarifausschusses nicht der Zeit entsprechend seien und verurteilte sie mit aller Schärfe. Zwei Resolutionen fanden Annahme. Die erste lautete: „Die am 28. September tagende Versammlung lehnt das Ergebnis der Tarifabschlussverhandlung als absolut unzureichend ab und verlangt vor allen Dingen, daß alle Lohnabkommen der Urabstimmung zu unterwerfen sind.“ Die zweite Resolution, die an den Kreis III gerichtet ist, lautet: „Die bestehende Belegungsulage im Kreis III (Mainz-Wiesbaden-Worms) in Höhe von 120 Mk. monatlich, ist ab 1. Oktober um 100 Proz. zu erhöhen und in wöchentlichen Raten mit dem Lohn auszusahlen. Der Gehilfenvertreter wird beauftragt, bei den bevorstehenden Verhandlungen des Kreisamts den Antrag zur Durchführung zu bringen. Insbesondere erwartet die Wiesbadener Gehilfenchaft unbedingt, daß endlich die noch fällige zweite Wirtschaftsbeyhilfe für September baldigst zur Auszahlung gelangt.“